Unilever streicht 7500 Stellen, Geburtenrate fällt deutlich, Energiekrise in Deutschland beendet?

Unilever streicht 7500 Stellen

Unilever trennt seine Eiscreme-Sparte mit bekannten Marken wie Lagnese, Magnum, Cremissimo, Viennetta oder Ben & Jerry's ab. Die Ausgliederung in eine eigenständige Firma sei wahrscheinlich, so Unilever am Dienstag (19.03.2024). Andere Optionen würden auch in Erwägung gezogen, mit dem Ziel, ein "Maximum" für die Aktionäre zu erzielen. Das Eisgeschäft machte 2023 einen Umsatz von 7,9 Milliarden Euro. Unilever hatte aber schon im vergangenen Monat (Februar 2024) erklärt, es sei enttäuscht vom schwachen Wachstum der Sparte. Unilever kündigte außerdem an, in den kommenden drei Jahren Kosten von 800 Millionen Euro einsparen zu wollen. Dieses Programm werde Auswirkungen auf 7500 Stellen haben. (Der Tagesspiegel)

Geburtenrate fällt drastisch

Weniger Kinder bekommen Frauen in Deutschland. Die Geburtenrate fiel im Durchschnitt von Januar bis November 2023 auf 1,36. Noch vor zwei Jahren lag sie bei 1,57 Kindern pro Frau. Das teil das Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB) mit. Die Geburtenrate hat demnach den niedrigsten Stand seit 2009 erreicht. In der Vergangenheit sei die Geburtenrate in entsprechenden Phasen deutlich langsamer gesunken, heißt es. Der starke Rückgang innerhalb von nur zwei Jahren sei ungewöhnlich. Mögliche Gründe für den Abfall der Geburtenrate sehen die Autoren under anderem in den Krisen dieser Zeit. Die Mehrheit der Weltbevölkerung lebt inzwischen in Ländern, in denen weniger Kinder geboren werden, als zum Erhalt der

Einwohnerzahl nötig wären, so das BiB bereits im vergangenen Jahr (2023). (Spiegel Online)

Energiekrise in Deutschland beendet?

Laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) sei die durch den Ukraine-Krieg ausgelöste Energiekrise kein Problem mehr für Deutschland. Die Energieversorgung sei in jeder Hinsicht sicher. Zwar müsse Deutschland noch immer 90 Prozent seiner fossilen Energien aus dem Ausland importieren. Die Einfuhren stünden nun aber auf einer sicheren Basis. Ziel sei es, zukünftig nur noch 30 Prozent einführen zu müssen. Die Gasspeicher seien voll und die Preise wieder auf dem Niveau vor dem russischen Angriff auf die Ukraine im Februar 2022. (Zeit Online)